

Abhandlungen

Eva Senghaas-Knobloch

Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Zu einer aktuellen Debatte*

Abstract

In den meisten frühindustrialisierten Ländern zeigt sich spätestens seit den 80er-Jahren die Problematik hoher Arbeitslosigkeit. Das gilt auch für die Bundesrepublik, insbesondere nach der Vereinigung. Damit ist das sozial-ökonomische Entwicklungsmodell des Fordismus und das mit ihm einhergehende Leitbild der Lohnarbeitsgesellschaft in Frage gestellt. Gleichwohl bleiben subjektive und objektive Funktionen der Erwerbsarbeit für die Individuen und die von ihnen getragenen politischen Gemeinwesen relevant. Im Beitrag werden die aktuellen Strategien zum Abbau von Arbeitslosigkeit vor dem Hintergrund der säkularen Veränderungen in der bundesdeutschen Arbeitsgesellschaft diskutiert. Welche Problemausschnitte liegen einzelnen Strategien zugrunde, und welche arbeits-, sozial- und demokratiepolitischen Implikationen sind mit ihnen verbunden? Welche Probleme müssen bedacht werden, wenn nicht nur Arbeit der Geldökonomie in Betracht gezogen werden soll, sondern das ganze Spektrum menschlicher Tätigkeiten von Männern und Frauen?

1 Arbeitsgesellschaft im Wandel

Seit den 70er und 80er-Jahren verweisen wachsende Raten von Arbeitslosigkeit auf Krisensymptome des ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodells, das von der französischen „Regulations-Schule“ als „Fordismus“ bezeichnet (Lipietz 1991, 679) und von Hannah Arendt schon 1958 mit dem Begriff der Arbeitsgesellschaft politisch kritisiert worden ist (Arendt 1992). In der Arbeitsgesellschaft ist Erwerbsarbeit zum alleinigen Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Fortschrittsvisionen und indivi-

* Der Text basiert auf einer längeren Ausarbeitung, die in Feministische Studien, Heft 2, 1998, erschienen ist.

dueller Lebensentwürfe geworden.¹ Dem ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodell des Fordismus entspricht ein Akkumulationsregime, das auf einer Verbindung von ständiger Produktivitätssteigerung in der Massenproduktion mit einem wachsenden Massenkonsum beruht; es orientiert sich an einem Ideal von Arbeitsorganisation, die durch eine strikte Trennung von Anweisung und Ausführung gekennzeichnet ist, sowie an einer sozialen Regulation, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Kollektive zu Aushandlungen kommen und dem Staat regulative Aufgaben auf Zeit übertragen werden (in vielen Ländern hatte dies bis in die 80er-Jahre hinein zu einer Ausweitung der Staatsaufgaben geführt). In Deutschland hat dieses gesamtgesellschaftliche Konzept des Verhältnisses von Produktion, Konsumtion und Wachstum, das seit Beginn dieses Jahrhunderts mit dem Namen Henry Ford verbunden ist, allerdings erst nach dem II. Weltkrieg wirklich Fuß gefasst. Was hat sich seitdem geändert?

Ähnlich wie in anderen früh industrialisierten Ländern zeigt sich quantitativ in der Bundesrepublik am Ende der 90er-Jahre folgendes Bild: Das *Bruttoinlandsprodukt*, ein grober Anhaltspunkt für gesellschaftlichen Reichtum, hat sich in Westdeutschland von einer Billion im Jahr 1960 auf 2,8 Billionen DM im Jahr 1996 erhöht. Nach den überaus hohen Wachstumsraten in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem II. Weltkrieg (1955 = 12%) haben sich die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts über die gesamte Zeitspanne stetig verringert. Die Verringerung von Wachstumsraten ändert aber nichts an der Tatsache, dass mit wenigen Ausnahmen (1967, 1975, 1982 und 1993) das Bruttoinlandsprodukt jeweils real gestiegen und nicht etwa gesunken ist. Auch das reale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, zeigt einen nahezu stetigen Anstieg, der nur durch die deutsche Vereinigung kurzzeitig unterbrochen wurde: seit 1993 wiederholt sich dieser Anstieg auch gesamtdeutsch (siehe dazu Schettkat 1996).

Betrachtet man jedoch die Entwicklung des *Arbeitsvolumens*, das für die Erwirtschaftung des wachsenden Bruttoinlandsprodukts benötigt wurde, so zeigt sich im gleichen Zeitraum ein säkulares Sinken. 1960 waren in Westdeutschland noch 56,1 Mrd. Arbeitsstunden notwendig, um das Bruttoinlandsprodukt von einer Billion DM zu erwirtschaften. Im Jahre 1996 wurde jedoch ein BIP 2,8 Billionen DM mit nur 44 Mrd. Arbeitsstunden erwirtschaftet. In dieser gegenläufigen Bewegung von wachsendem Inlandsprodukt und sinkendem Arbeitsvolumen wird die anhaltende Produktivitätssteigerung der Arbeit sichtbar. Dieses Verhältnis macht auch deutlich, warum es exponentieller Wachstumsraten bedürfte, um jenen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, wie er in den 50er und 60er-Jahren bestand, wieder herzustellen.

Blickt man aber auf die Entwicklung der *Anzahl von Beschäftigten*, wird sichtbar, dass es zu kurz ge-griffen wäre, von dem säkular sinkenden Arbeitsvolumen unmittelbar auf ein Sinken der Anzahl der Erwerbstätigen oder einen Anstieg von Erwerbslo-

1 Siehe beispielsweise: Offe 1984, Dahrendorf 1986, Guggenberger 1988; aus anderer Perspektive vgl. auch Gorz 1977, 83 und Ullrich 1979

sigkeit schließen zu wollen: Zwischen 1960 und 1995 stieg vielmehr die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland leicht von 26 Mio. auf 26,5 Mio. an². Bei abnehmenden (registrierten) Erwerbsarbeitsstunden ist eine solche Zahl von Erwerbstätigen nur realisierbar, wenn gleichzeitig die Wochenarbeitszeit und Jahresarbeitszeit rückläufig ist und die Teilzeitarbeit zunimmt, wenn also das offiziell registrierte entlohnte Arbeitsvolumen umverteilt wird.³ Dennoch kann auch das Ausmaß an erfolgter Arbeitszeitumverteilung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es seit den 70er-Jahren nicht mehr gelungen ist, die rezessionsbedingten Anstiege von Arbeitslosigkeit im jeweils folgenden Aufschwung wieder auf das vorangegangene Ausgangsniveau zurückzuführen.

Auch qualitativ hat sich die Situation in der 90er-Jahren verändert. Die Unternehmens- und Managementkonzepte zielen angesichts veränderter (gesättigter und zum Teil stark „globalisierter“ ,d.h. auf die Triade von Nordamerika, Japan, und Europa bezogener) Märkte speziell auf die „human resources“, statt wie im Fordismus-Taylorismus auf die Beschäftigten als Restgröße im Maschinierungsprozess und als potentielle Störquelle. Diese qualitative Veränderung ist oft mit einem Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere mit geringen Qualifikationsanforderungen verbunden.⁴ Auf der Seite der Individuen findet sich zudem ein wachsendes Anspruchsniveau für befriedigende Arbeit mit größeren Freiheitsspielräumen (Senghaas-Knobloch/Nagler/Dohms 1997). Die gesamtdeutsche⁵ Arbeitslosenquote im Januar 1998 von ca. 12% und das Verhältnis von rund 13 Arbeit Suchenden auf eine registrierte offene Stelle machen deutlich, dass die jetzt vorliegende Größenordnung des Problems grundlegend neuer Analysen und Antworten bedarf. Dies um so mehr, als trotz des viel diskutierten Wertewandels Erwerbsarbeit nach wie vor ein Dreh- und Angelpunkt für die Lebensorientierung der Einzelnen und das Gemeinwesen insgesamt ist. Diese zentrale Rolle lässt sich aus der Perspektive von vier Funktionen beleuchten, die der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft weiterhin zukommen:

Erstens: Erwerbsarbeit sichert das *individuelle Einkommen*. Für mehr als 40% der Bevölkerung in der gesamten Bundesrepublik war im Jahr 1995 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle (Datenreport 1997, 78). In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass in allen Industrieländern die Erwerbsquote der männlichen Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren sinkt, die Erwerbsquote der weiblichen Bevölkerung im entsprechenden Alter dagegen steigt. Der Mittelwert der Veränderungen für Frauen in 18 Industrieländern im Zeitraum von 1960 bis 1985 verzeichnet einen über 13%igen Anstieg, der entsprechende für Männer ein über

2 1992 war die Erwerbstätigenzahl in Westdeutschland sogar kurzzeitig auf 29,4 Mio Erwerbstätige angestiegen.

3 Zu den neuesten Zahlen: siehe Autorengemeinschaft 1998.

4 Zur subjektiven Bedeutung veränderter Arbeitsorganisation für die Beschäftigten in der Massenproduktion: Senghaas-Knobloch/Nagler/Dohms 1997

5 Zum besonderen Einfluß der vereinigungsbedingten Problemlage: siehe Czada 1998, insbesondere S.47 f.

11%iges Absinken. In der Bundesrepublik zeigte sich im gleichen Zeitraum zwar nur ein sehr geringfügiges Wachstum (ca. 1,1%) der Frauenerwerbsquote, aber ein über 14%iges Sinken der Männererwerbsquote (gemäß Zahlen der OECD, siehe Schmidt 1993, 13). In den folgenden 10 Jahren (1986-1996) nahm die Erwerbsquote der Frauen von 52% auf 58% zu. Im vereinigten Deutschland betrug 1995 die Erwerbsquote für Frauen 60,4% (gemäß EU-Daten, Maier 1997, 21).

Überdies: In der DDR war die Erwerbsquote von Frauen und Männern sehr viel höher, auch bei den Männern war kein Absinken zu verzeichnen. Darin drückt sich die spezifische politische Ökonomie sozialistischer Länder aus (Nickel 1997). Dass nach der deutschen Vereinigung 1990 von einer bedeutenden Abnahme der Erwerbsquote von Frauen in den neuen Bundesländern keineswegs die Rede sein kann,⁶ zeigt, dass die Frauenerwerbsquote auch immer ein soziokulturelles Moment enthält. In vielen westlichen Ländern galt bis in die 60er-Jahre hinein das kulturelle Ideal der „männlichen Versorgung“ (Ostner 1995; Pfau-Effinger 1997). Seit den 60er-Jahren entstand aber durch die neue Frauenbewegung in den meisten westlichen Industrieländern ein mehr oder minder revolutionärer Bewusstseinswandel, demzufolge Frauen Chancengleichheit zur Erwerbsarbeit forderten. Gesamtgesellschaftlich drückt sich darin eine Tendenz zur Individualisierung, d.h. zur Relativierung tradierter Einschränkungen, Bindungen und Verpflichtungen zu Gunsten selbstverantwortlicher Lebensplanung aus. Eigene Erwerbsarbeit als Chance zur individuellen ökonomischen Existenzsicherung mit Hilfe eines individuell erworbenen Einkommens hat an Bedeutung zugenommen.

Neben der unmittelbar materiellen Einkommenseite hat Erwerbsarbeit, *zweitens*, auch eine *psychosoziale Funktion*. Marie Jahoda hatte mit Zeisel und Lazarsfeld in ihren Untersuchungen über Probleme der Massenarbeitslosigkeit in den 30er-Jahren herausgefunden, dass Erwerbsarbeit im psychischen Haushalt der Menschen hoch bedeutsam ist: Erwerbsarbeit weitet den Horizont. Sie dient Menschen als Antrieb zu Aktivität. Ex negativo zeigt sich, wer im Rahmen von Arbeitslosigkeit der äußeren Notwendigkeit zu Aktivität - und mag sie noch so einengend empfunden werden - verlustig geht, ist in Gefahr, auch den Antrieb für andere Tätigkeiten zu verlieren. Erwerbsarbeit dient im Alltag auch als Zeitgerüst: wer durch Arbeitslosigkeit die soziale Strukturierung der Zeit verliert, findet daher nicht selten weniger Zeit für Tätigkeiten als Menschen, die innerhalb eines noch so rigiden Zeitgerüsts von Erwerbsarbeit stehen. Erwerbsarbeit steht auch mit dem sozialen Status in Verbindung. Genau diese Tatsache hat dazu beigetragen, dass sich Frauen nicht länger mit dem abgeleiteten Status aus der Erwerbstätigkeit ihrer Männer zufrieden geben wollten. Und wer arbeitslos ist, erlebt dies nicht selten als Statusverlust, ja als Verlust eines Ortes in der Gemeinschaft mit anderen. Auch neuere psychologische Befunde

6 Nach Daten des sozioökonomischen Panels betrug die Erwerbsquote der Frauen zwischen 16 und 59 (!) Jahren in Ostdeutschland im Jahr 1991 ebenso wie im Jahr 1995 87%. Die entsprechenden Zahlen in Westdeutschland weisen auf einen Anstieg von 72% auf 74% hin (Datenreport 1997, 500 f.)

zeigen, dass über die materielle Funktion der individuellen Einkommenssicherung hinaus Erwerbsarbeit in den entwickelten Gesellschaften für psychische Gesundheit und soziale Anerkennung von zentraler Bedeutung ist (Jahoda u.a. 1989; Kieselbach 1994), und zwar unabhängig von der Tatsache des so genannten Wertewandels, demzufolge die traditionelle Orientierung an Arbeit an Gewicht verliert. Und die Befunde gelten in zunehmendem Maße auch für Frauen ungeachtet ihrer mehrfachen Belastung (Becker-Schmidt u.a. 1992; Volmerg u.a. 1986; Eckart 1990).

Erwerbsarbeit hat *drittens* eine grundlegende Bedeutung hinsichtlich der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements der Industriegesellschaften. Diese basieren - bei aller Verschiedenheit - auf Erwerbsarbeit. In der Bundesrepublik besteht ein soziales Anrechtssystem, demzufolge die *soziale Absicherung* auf einer an der männlichen Berufskarriere orientierten „Normalbiographie“ von Erwerbstätigen aufbaut. In der Bundesrepublik Deutschland gelten als Leitvorstellungen der Sozialversicherung - die Sicherung des Lebensstandard und die Vermeidung von Armut (Döring 1995). Individuelle Anrechte für die Sicherung des Lebensstandards werden aus der Teilnahme an Erwerbsarbeit erworben. Die im Rahmen der Erwerbsarbeit eingezahlten Beiträge sollen über äquivalente Auszahlungen im Alter den Lebensstandard bewahren helfen. Dieses an Erwerbsarbeit orientierte Grundprinzip ist nur an einigen Punkten durchlöchert. So werden seit einigen Jahren für die Berechnung der Renten unter anderem auch bestimmte Zeiten angerechnet, die für die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen aufgewendet werden. Damit wird jedoch das Grundprinzip nicht verändert.

Viertens: An Erwerbsarbeit ist die *bürgerschaftliche Integration* gebunden. Bürgerschaftliche Integration meint die gleichberechtigte Einbeziehung der Menschen in ein Gemeinwesen: in ein Verhältnis von Geben und Nehmen und in für gültig gehaltene Auffassungen von Reziprozität und Gerechtigkeit. Diese wiederum sind an die kulturelle Bewertung der verschiedenen Tätigkeiten gebunden. Anrechte und Ansprüche, die aus der Erwerbsarbeit abgeleitet werden, genießen eine höhere Legitimität als solche, die diesen Hintergrund nicht aufweisen können, also beispielsweise aus Bedürftigkeit resultieren.

Diese vier Funktionen von Erwerbsarbeit haben sich im Rahmen des fordistischen Entwicklungsmodells wechselseitig verstärkt. Jede Strategie zum Abbau von Arbeitslosigkeit unter neuen Rahmenbedingungen muss folglich Antworten mit Blick auf diese vier Funktionen geben. Aber nicht nur dies, sie muss sich auch mit den Kritiken an der Nichtverallgemeinerbarkeit und der immanenten Beschränktheit des Fordismus auseinandersetzen: Die Vernachlässigung von Natur als Wirtschaftsfaktor ist zuerst spektakulär durch den Bericht „Grenzen des Wachstums“ an den Club of Rome hervorgehoben worden. Wenn auch die dort vorgelegten Prognosen aufgrund ihrer Einlinigkeit und soziologischen Uninformiertheit keine nachhaltige Wirkung hatten, so ist doch seitdem die Aufmerksamkeit für die Gefahr der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die vorherrschende industrielle Wirtschaftsweise weltweit gewach-

sen. Die andere Beschränkung zeigt sich in der Geringschätzung von Tätigkeiten, die als weiblich gelten oder Frauen zugeschrieben werden: die Tätigkeiten der Pflege und der personenbezogeneren Dienstleistungen. Seit Ende der 60er-Jahre richtete sich die Frauenbewegung gegen die vielen sozialstaatlichen, gesetzlichen, institutionellen und alltäglichen Regeln, in denen eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Geschlechterhierarchie festgeschrieben war. Frauen wollten nicht länger Bürgerinnen zweiter Klasse sein, mit nur abgeleiteten Anrechten.⁷ Diese beiden immanenten Beschränkungen des fordistischen Produktions- und Wohlfahrtsmodells müssen zusammen mit den genannten vier Funktionen der Erwerbsarbeit mitbedacht werden, wenn man die Strategien beurteilen will, die zum Abbau von Arbeitslosigkeit zur Diskussion stehen.

Die Strategien zum Abbau von Arbeitslosigkeit lassen sich in zwei Gruppen einteilen: in eine Gruppe, die man erwerbsarbeitszentriert nennen kann, und eine andere, die an einer Neubewertung aller Tätigkeiten von Mitgliedern eines politischen Gemeinwesens orientiert ist. Eine Verständigung in der Debatte ist so außerordentlich schwierig, weil einerseits eine Neubewertung zentrale Koordinaten unseres arbeits-, sozial- und demokratiepolitischen Verständnisses berührt, andererseits bestimmte analytische Einsichten auch von einer Politik der Neubewertung beachtet werden müssen. Im Folgenden geht es um einen Überblick über die Argumente und noch zu klärende offene Fragen (siehe dazu das Schaubild).

2 Erwerbsarbeitszentrierte Strategien zum Abbau von Arbeitslosigkeit

Dominant in der politischen Arena sind nach wie vor erwerbsarbeitszentrierte Strategien. Und innerhalb dieser Gruppe sind es nach wie vor die auf Wachstum und Investitionsförderung ausgerichteten Strategien, die ganz anders als in Frankreich immer noch die bundesdeutsche politische Diskussion beherrschen. Das Stichwort heißt hier Deregulierung⁸, verstanden als das Beiseiteräumen von Hemmnissen für Investitionen, von denen unterstellt wird, dass sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln und auf deren Beschäftigungswirksamkeit gesetzt wird. Als Maßnahmen werden der Abbau bestehender Regulierungen im Arbeitszeit-, Tarif-, Sozial- und Steuerrecht sowie die Senkung von Sozialstandards empfohlen. Den Hintergrund für diese Empfehlungen bildet eine Problemdiagnose, derzufolge die hohe Arbeitslosigkeit auf Strukturprobleme zurückzuführen ist, die unternehmerischer Flexibilität entgegenwirken.

⁷ Siehe dazu für die Bundesrepublik: Gerhard/Schwarzer/Slupik 1988; für einen internationalen Vergleich: Ostner 1995; Veil 1997 und Pfau-Effinger 1997, Sonderheft 1 der Zeitschrift für Frauenforschung 1998.

⁸ Siehe dazu beispielsweise: Cartellieri 1994; Dahlmanns 1997

Tab. 1: Übersicht über Strategien zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit

	Strategien	Problemdiagnose	Maßnahmen
<i>Gruppe 1</i>	erwerbsarbeits- zentrierte		
wachstums- und investitionsförderliche	Deregulierung (z.B. U. Cartellieri)(Kapital- und Finanzpolitik)	Rezession, Strukturprobleme durch mangelnde Bedingungen für unternehmerische Flexibilität	Abbau von „Überregulierungen“, z.B. im Bau-, Arbeitszeit-, Tarif-, Sozial- und Steuerrecht, Senkung von Sozialstandards
umverteilende	Arbeitszeitverkürzungen verschiedenster Art	Säkulares Sinken des Arbeitsvolumens	allgemeine Arbeitszeitreduktion, Förderung von Teilzeitarbeit
wiedererschaffende	Negative Einkommensteuer (z.B. Scharpf)	Gesellschaftliche Desintegration durch Abspaltung am „unteren Ende“ des Arbeitsmarkts	Niedrig entlohnte Arbeitsplätze werden mit Hilfe staatlicher Mittel an die durchschnittliche Lohnentwicklung herangezogen
preiskorrigierende	z.B. Energieeffizienz- beförderung (E.U. Weizsäcker)	Umweltverbrauch ist zu billig, Arbeit ist zu teuer	Energiesteuer im Rahmen eines Steuerumbaus
	Brücke zwischen 1 und 2		
Übergänge sichernde	Übergänge und Übergangsmärkte zur Beschäftigungssicherung (z.B. G. Schmid)	Es fehlen genügend viele und stabile Brücken als Elastizitätspuffer	Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung, Lernen und Arbeiten, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, Bildungs- und Beschäftigungssystemen, privatem Haushalt und Erwerbstätigkeit und zwischen Erwerbstätigkeit und Rente
<i>Gruppe 2</i>	neubewertungs- orientierte		
existenzsichernde	Bürgergeld /"Prämien" für Arbeitsmarktaussteiger: (z. B. C. Offe)	nationaler Souveränitätsverlust, Modernisierungsfalle	Aufwertung des Lebens außerhalb des Arbeitsmarkts, steuerfinanzierte Zuwendung an Arbeitsmarkt-Aussteiger
pluralitätsfördernde	Neukombinationen verschiedener existenzsichernder Tätigkeiten (z.B. Gorz, Perret, Bergmann, Senghaas-Knobloch, Zoll)	Minderbewertung vieler nützlicher und gemeinwesenorientierter Tätigkeiten; Modernisierungsfalle	Förderung unentgeltlicher Tätigkeiten als bürgerschaftliches Engagement durch die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur und Grundsicherung

Einzelne Analysen und Empfehlungen in dieser Strategie sind durchaus bedenkenswert. Die Summe aller aktuell geltenden Regelwerke, die von Unternehmen, gleich welcher Größenordnung, zu berücksichtigen sind, ist sicher nicht immer innovationsförderlich. Es macht durchaus Sinn, einzelne Regelwerke auf ihre Konsistenz, Sinnhaftigkeit und Sachgerechtigkeit zu überprüfen. Eine Hauptkritik an diesem Strategietyp richtet sich aber darauf, dass eine längere Zeitperspektive ausgeblendet bleibt. Mit ihr würde unmittelbar sichtbar werden, dass immer höhere absolute Wachstumszahlen erforderlich wären, um mehr Beschäftigung zu stiften, da die einfache Korrelation von Produktivitätsentwicklung, Marktausweitung und Beschäftigungsexpansion nicht mehr vorliegt. Ausgeblendet wird in dieser Strategie ebenso die Notwendigkeit, sich in neuer Weise auf die Erhaltung der Lebensgrundlagen zu besinnen. Höchst fraglich ist auch die Möglichkeit, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen zur bürgerschaftlichen Integration beizutragen, denn durch Deregulierung werden die Einkommensunterschiede, aber auch die Unterschiede in Lebenschancen und damit die Kluft zwischen den durch Erwerbsarbeit zureichend integrierten und den Empfängern von Sozialhilfe vergrößert.

Erwerbsarbeitszentriert ist auch eine zweite Strategie, die in bewährter Weise eine weitere Umverteilung des verfügbaren Arbeitsvolumens anstrebt. In diesem Zusammenhang wird eine Palette von verschiedenen *Arbeitszeitverkürzungen* diskutiert. Sie reichen von der Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bis zur unmittelbaren Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit. In dieser Strategie wird das säkulare Sinken des Arbeitsvolumens ernst genommen, aber vor dem Hintergrund der in der Bundesrepublik bewährten Arbeitszeitumverteilung für weitere Maßnahmen dieser Art plädiert. Allerdings wird dabei nicht die Frage gestellt, wie weit eine solche Arbeitszeitumverteilung reichen kann und ob sie ausreicht. Neue technische (Tele-)arbeitspolitiken in den Unternehmen scheinen zudem die Arbeitszeitregelungen zu unterlaufen. Allerdings kann diese Strategie auch mit einer Neubewertung des ganzen Tätigkeitsspektrums verbunden werden; sie kommt dann zu grundsätzlich neuen Überlegungen zum Thema Lebenszeit (siehe Abschnitt 3 im folgenden Text).

Während die Strategie der Arbeitszeitverkürzung auf eine regulierte Abnahme des Arbeitskraftangebotes setzt, steht hinter der Strategie der *negativen Einkommensteuer* die Idee der Wiederschaffung verloren gegangener Arbeitsplätze. Die Problemdiagnose hinter dieser Strategie⁹ bezieht sich auf den Anteil von Arbeitslosen, die wenig oder keine Aussicht mehr auf offizielle Beschäftigung haben, da sie nicht über die Qualifikationen, Fähigkeiten oder Voraussetzungen verfügen, die an produktiver werdenden Arbeitsplätzen gefordert sind. Damit es nicht zu einer gesellschaftlichen Desintegration durch die Abspaltung des unteren Endes des Arbeitsmarkts kommt, wird vorgeschlagen, dass wenig produktive Arbeitsplätze dadurch wieder geschaffen werden, dass die der geringen Produktivität entsprechende geringe Entlohnung durch staatliche Mittel aufgestockt wird. In dieser Strategie wird der Versuch gemacht,

9 Z. B. Scharpf 1994. Gegenwärtig wird als eine Variante dazu der „Kombilohn“ vorgeschlagen.

Arbeitsproduktivität von einer niedrigen Entlohnung dadurch zu entkoppeln, dass auf Grund öffentlicher Zuschüsse Unternehmen *und* Arbeitslose Interesse an Arbeitsplätzen mit gesellschaftlich unterdurchschnittlicher Produktivität haben können.

Diese Strategie nimmt also das säkulare Sinken des offiziellen Arbeitsvolumens in der Bundesrepublik nicht nur zur Kenntnis, sondern versucht, diesen Trend mit Blick auf Beschäftigung im personennahen Dienstleistungsbereich und in anderen Bereichen, die nicht unter dem Zwang wirtschaftlicher Effizienzkriterien stehen, aufzuhalten bzw. ihn umzukehren. Das Hauptproblem¹⁰ entsteht hinsichtlich der Kriterien, nach denen entschieden wird, *welche* Arbeitsplätze durch öffentliche Zuschüsse auf ein akzeptables Niveau gehoben werden sollten. Offenbar lässt sich die Antwort nicht allein vom Markt finden, sondern es müssten Kriterien der Gemeinnützigkeit entwickelt werden, damit nicht nur generell subventionierte Niedriglohnbereiche mit einer potentiellen Sogwirkung „nach unten“ zu Stande kommen sollen. Im Übrigen wird bei dieser Strategie das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit in hochqualifizierten Beschäftigungsbereichen überhaupt nicht berührt.

Mit der Strategie der Energieeffizienzerhöhung werden in einem weiteren, ganz anders gerichteten Ansatz grundlegende technische Innovationen mit einer Neuausrichtung von Preisen kombiniert. Die Strategie der *Energieeffizienzerhöhung* (Weizsäcker 1993) orientiert sich an einer Problemdiagnose, derzufolge die menschliche Arbeit generell zu teuer, der Verbrauch von natürlichen Ressourcen der Umwelt dagegen zu billig ist. Hier geht es darum, Natur als Produktionsfaktor in ihr eigenes Recht einzusetzen und den Preis der Lohnarbeit durch Entlastung entsprechender Abgaben und Steuern zu senken (Andersen 1996).

Zwischen den erwerbsarbeitszentrierten Strategien zum Abbau von Arbeitslosigkeit und den an Neubewertung orientierten ist die *Strategie der Übergänge und Übergangsmärkte* (Schmid 1993) zu verorten. In der Perspektive dieser Strategie ist Arbeitslosigkeit durch neue Formen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu überwinden. Darin unterscheidet sich diese Strategie diametral von dem investitionsförderlichen, neoliberalen Maßnahmenbündel. In der Strategie der verbesserten Übergänge (Berliner Memorandum 1997) geht es darum, durch systematische Ausgestaltung von Instrumenten wie Kurzarbeit, Jahresarbeitszeitverträgen, Lohnkostenzuschüssen, Weiterbildungsfonds und familienbedingter Teilzeitarbeit die Rahmenbedingungen zu verbessern, in denen Menschen zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung wechseln können, ebenso zwischen privatem Haushalt und Erwerbstätigkeit, zwischen Erwerbstätigkeit und Rente sowie zwischen Bildung und Beschäftigung. Es wird nicht behauptet, institutionalisierte Übergänge könnten zu einem vollständigen Abbau der Arbeitslosigkeit führen, sie gelten aber als Möglichkeit, Arbeitslosigkeit erheblich zu reduzieren. In dieser Strategie werden Tätigkeiten, die nicht Erwerbsarbeit sind, respektiert; insofern wird auch den neuen Anforderungen an eine Veränderung der Geschlechterhierarchie Rechnung getragen (siehe dazu auch Jurczyk 1996). Offen

10 Siehe dazu: Bäcker/Steffen 1995 und Bäcker/Hanesch 1997.

bleibt, ob diese ansatzweise Thematisierung die immanenten Beschränkungen des fordistischen Modells überwinden hilft.

Wenn man heute das Spektrum der Strategien zum Abbau von Arbeitslosigkeit betrachtet, ist es wichtig, sich über die deutlichen Unterschiede in der Problemdiagnose und in der Akzentsetzung gerade innerhalb der Gruppe der erwerbsarbeitszentrierten Strategien zu verständigen. Es geht um die unterschiedliche Beantwortung der Frage, wie die monetarisierte Wirtschaftstätigkeit den tatsächlichen Bedarf nach Arbeitsleistung befriedigen kann: ob durch mehr Ungleichheit oder mehr Umverteilung, durch Preiskorrekturen oder neue Effizienzziele. Allen genannten Strategien gemeinsam ist allerdings die Hintergrundsannahme, dass der strukturelle Dreh- und Angelpunkt der industriellen Gesellschaften die abhängige Erwerbsarbeit ist und bleibt und diese damit zu (Lohn-)Arbeitsgesellschaften macht.

3 Der neue Blick auf das Gesamtspektrum von Tätigkeiten

Betrachtet man jene Strategien zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit, die die Bedeutung von Erwerbsarbeit im Spektrum aller Tätigkeiten, also nicht nur von Erwerbsarbeit, prinzipiell neu bewerten, müssen auch sie daraufhin befragt werden, ob sie der Komplexität der Situation genügend gewahr sind. Sie stehen wie jede soziale Innovation vor der Anforderung, Antworten auf die Gesamtheit der Probleme zu geben, die sich aus den subjektiven und objektiven Bedeutungen der Erwerbsarbeit, wie sie sich im Fordismus herausgebildet haben und die auch unter nachfordistischen Rahmenbedingungen erfüllt werden müssen, jedoch ohne die genannten immanenten Beschränkungen des fordistischen Modells mitzuschleppen.

Ausgangspunkt für die Strategie des „*New Work*“ (Bergmann 1997) ist eine Kritik am Lohnarbeitsleben: die Diagnose eines hohen Maßes an Entfremdung, das sich gerade bei den offiziell Beschäftigten unter dem Regime des fordistischen Produktionsmodells herausgebildet hat. Nicht zufällig ist die Schlüsselerfahrung, auf die diese Strategie aufbaut, die der industriell Beschäftigten in einem amerikanischen Automobilkonzern. Bergmann kommt es darauf an, das entfremdende „Jobsystem“ zu überwinden und Menschen in die Lage zu versetzen, das zu tun, was sie „wirklich, wirklich wollen“. Er plädiert aus einer Philosophie der Freiheit heraus für eine Chance, einer dreigliedrigen Aufteilung der verfügbaren Zeit von Menschen: in einen Zeitraum, in dem sie in ihrem Job weiterhin Geld verdienen, in eine zweite Zeit, in der sie Tätigkeiten tun, die zu ihrer Selbstverwirklichung dienen, und in einen dritten Abschnitt, in dem sie auf hohem technischen Niveau als Selbstversorger zusätzlich Existenzmittel gewinnen, sofern sie diese nicht auch aus den Tätigkeiten bekommen, die ihrer Selbstverwirklichung dienen. Mitte der 80er-Jahre in den USA zuerst erprobt, wird dieses Vorhaben 1997 von Bergmann in erster Linie als Versuch

beschrieben, betrieblich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen (ohne Lohnausgleich) mit einem institutionell abgesicherten Programm zur individuell geförderten Aufnahme der „neuen Arbeit“ (meist als selbstständige Existenz) zu verbinden. Praktisch geht es aber in erster Linie um Hilfe für Jugendliche, Entmutigte und Verzweifelte.¹¹

Der Ansatz des New Work hat die Bedeutung von Erwerbsarbeit für individuelle Einkommenssicherung und für die psychosoziale Stabilität im Sinn. Dem Fetisch eines allein auf das Geldverdienen orientierten Lebensentwurfs wird das humane Ziel einer erfüllten Lebenszeit entgegengesetzt. Gänzlich unbeleuchtet bleiben aber bei dieser Strategie die Funktion der Erwerbsarbeit für die soziale Sicherung und damit verbunden auch die Funktion für die bürgerschaftliche Integration, die beide in den europäischen Ländern - so auch in der Bundesrepublik - unabweisbar sind. Da sich die Tätigkeiten zur Selbstversorgung und Eigenarbeit auf hohem technologischen Niveau bewegen sollen, stellt sich zudem die Frage, woher eigentlich der industrielle Hochtechnologiesektor die Kompetenz der Menschen gewinnt, die ihn weiterentwickeln sollen. Gleichermäßen ungeklärt bleibt die Frage, in welcher Weise die ökologische Problematik angesichts des Nachdrucks auf hochtechnologische Innovationen im Selbstversorgungsbereich ernst genommen wird sowie die Problematik der Geschlechterhierarchie. Während die Idee der Förderung erfüllter Lebenszeit für sich genommen von großer Bedeutung ist, ist der Ansatz gemessen an der gesellschaftlichen Bedeutung der Arbeitslosigkeit subkomplex.

Umfassender sind jene Strategien, die den verengten Blick aus Erwerbsarbeit aufgeben und zugleich neue sozial- oder demokratiepolitische Perspektiven eröffnen wollen. Allen gemeinsam ist eine Problemdiagnose, derzufolge in den früh industrialisierten Ländern der Fordismus als Paradigma industriegesellschaftlicher und arbeitspolitischer Entwicklung, unwiderruflich den Zenit überschritten hat. Es zeigt sich eine Abnahme des an der männlichen Biographie orientierten „Normalarbeitsverhältnisses“ zu Gunsten von mehr Teilzeit, mehr Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit¹², mehr selbstständigen Existenzen und Freiberuflichkeit (Semlinger 1997; Datenreport 1997), eine Zunahme neuer „Unternehmensformen auf Zeit“, eine Erhöhung von Qualifikationsanforderungen (Dostal 1995) und - auf der Seite der Individuen - ein stärkerer Wunsch nach selbstbestimmter Arbeit.

Vor diesem Hintergrund stehen grundlegende Neuverständigungen im politischen Raum an, vor allem über ein gerechtes Reziprozitätsverhältnis: Auf welcher Basis sollen soziale Anrechte legitimiert, auf welcher Basis soll bürgerschaftliche Integration Gewähr leisten werden? In einer auf Erwerbsarbeit aufgebauten Gesellschaft treten damit die Fragen nach den Leitvorstellungen für eine neue Sozialstaatlichkeit in den Vordergrund. Alle Ansätze und Strategien, die auf eine Neubewertung der

11 Zur praktischen Umsetzung von New Work: siehe die Untersuchung von Hildebrandt 1998, der die ausgesprochene „Nischenkultur“ beschreibt.

12 Im Laufe des Jahres 1997 waren z. B. in den alten Bundesländern circa 5 Millionen Arbeitslosmeldungen zu verzeichnen und ebenso viele Abmeldungen, wovon die Hälfte in Erwerbstätigkeit mündete (Autorengruppe 1998, 15).

Bedeutung von Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten ausgerichtet sind, müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie soziale Sicherung gestaltet werden soll. Auf Grund welcher Vorstellung von Reziprozität diese entworfen wird, ist ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal innerhalb der Gruppe von Strategieansätzen, die sich um eine Neubewertung produktiver Arbeit und Tätigkeiten bemühen.

Aus einer ökonomisch-arbeitspolitischen Perspektive heraus haben Giarini und Liedtke (1996, 1998) in ihrem Bericht an den Club of Rome über das „Beschäftigungsdilemma und die Zukunft der Arbeit“ die Strategie einer „*neuen Vollbeschäftigung*“ entworfen. Diese basiert auf einer Schichtung von drei Ebenen anerkannter produktiver Arbeit, die sich nach dem Grad staatlicher Intervention und Regelung unterscheiden. Grundlegend für den Ansatz ist die Kritik an den herrschenden ökonomischen Kategorien, denen zufolge der Maßstab für gesellschaftlichen Reichtum in den frühindustrialisierten Ländern sich aus einem Begriff produktiver Beschäftigung herleitet, in dem nicht entlohnte nützliche Tätigkeiten und die Eigenarbeit ausgeschlossen sind. Letztere sollen aber - so das Ziel - in die ökonomische Betrachtung wieder hereingeholt werden. Damit soll eine neue sozialstaatliche Regulierung ermöglicht werden. Die frühindustrialisierten Länder sollen als Dienstleistungsökonomie begriffen werden, in denen es darauf ankommt, drei Ebenen der Arbeit oder produktiven Tätigkeit gezielt zu kombinieren: nämlich die bezahlte Beschäftigung in der Geldökonomie, die nicht monetarisierte Eigenarbeit und die freiwilligen produktiven Tätigkeiten, die geldentlohnt sein können, aber nicht zur Geldökonomie gehören.

Mit Blick auf diese verschiedenen Formen produktiver Arbeit wird der Vorschlag gemacht, dass der Staat für die Organisation einer ersten Sparte von bezahlter Arbeit zuständig ist, die einen Umfang von etwa 20 Stunden pro Woche umfassen sollte. Die dort erbrachten Leistungen berechtigen jedes Individuum zu einem Mindesteinkommen, das für die Deckung der absolut notwendigen Ausgaben reicht. Die erste Sparte von Arbeit betrifft alle Menschen im Alter von 18 bis 70 Jahren oder mehr, sofern sie nicht in der zweiten Sparte ein einträgliches Einkommen gefunden haben. Eine zweite Sparte soll sich aus allen bezahlten Beschäftigungen zusammensetzen, die neben oder an Stelle der erstgenannten Arbeit treten. Tätigkeiten in diesem Bereich machen Arbeit der ersten Kategorie unnötig. Gegebenenfalls können die Individuen auch verschiedene anspruchsvolle Teilzeittätigkeiten in der zweiten Sparte übernehmen. Diese zweite Sparte soll möglichst frei von staatlichen Interventionen sein, ausgenommen der Geltung eines gesetzlichen Rahmens. Die dritte Sparte von Arbeit konstituiert sich aus Eigenarbeit und nichtbezahlten Freiwilligentätigkeiten, die - so Giarini und Liedtke - nicht selten eine Schlüsselbedingung für das Funktionieren in der Geldökonomie, also in der zweiten Kategorie von Arbeit sind.¹³ Zur Finanzierung des öffentlich organisierten ersten Typs von bezahlter Arbeit sollen alle öffentlichen

13 Die Autoren sprechen in Analogie zum Konsumieren vom Prosumieren.

finanziellen Ressourcen, die gegenwärtig als Kompensation für Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit ausgegeben werden, genutzt werden.

Die Dreigliederung produktiver Arbeit soll den Einzelnen die Chance eröffnen, sich in ihrer Identität nicht notwendigerweise auf wenig attraktive Tätigkeiten in der ersten Schicht beziehen zu müssen, sondern z. B. Eigenarbeit. Jedoch die Orientierung auf besondere Gruppen wie erklärtermaßen Frauen mit kleinen Kindern, für die in der ersten Sparte eine Arbeit mit geringen Qualifikationsanforderungen vorgesehen ist, weckt die Befürchtung, dass sich angesichts bestehender Geschlechterhierarchie die Beteiligung an der ersten bzw. der zweiten Kategorie von Arbeit auf ganz übliche Weise aufteilt, indem nämlich die zweite Sparte, männlich definiert und dominiert, als bessere Erwerbstätigkeit das Ideal bleibt, während die erste Kategorie gering qualifizierter und gering entlohnter Arbeit vor allem Frauen verbleibt, eben weil diese ihre Zeit eher auf Verpflichtungen des Berufs und unmittelbarer Betreuungstätigkeit aufteilen. Es ist darüber hinaus fragwürdig, ob der Staat tatsächlich die ihm zugeordnete Rolle als Arbeitsplatzbeschaffer sinnvoll spielen kann. Und es bleibt völlig offen, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik der Übergang von Anrechten auf soziale Sicherung auf Grund von Beitragsfinanzierung zu einem auf Arbeitspflicht basierenden Mindesteinkommen gestaltet werden könnte. Während in einer sozialpolitischen und demokratiepolitischen Perspektive die Strategie von Giarini und Liedtke also fragwürdig ist, so enthält sie doch eine konzeptuelle Innovation: dass nämlich gesellschaftlicher Reichtum wechselseitig sowohl in monetarisierten als auch in nichtmonetarisierten Tätigkeitsbereichen geschaffen wird, eine alte These, die bisher nur in der Frauenbewegung unumstritten war.

Diese ökonomisch-innovative Einsicht ist auch allen anderen Ansätzen gemeinsam, die jedoch weniger ökonomisch und arbeitspolitisch als sozial- und demokratiepolitisch argumentieren. Der sich als links-libertär verstehende „*nicht produktivistische Ansatz*“ zur sozialen Sicherung, den Offe (1993) vorschlägt, basiert auf einer neuen staatsbürgerschaftlichen Anrechtsargumentation. Die Staatsbürgerschaft soll Basis für das Anrecht auf ein Grundeinkommen sein, das als Bürgergeld an keinerlei Bedingungen und Voraussetzungen als eben jene der Staatsbürgerschaft geknüpft ist. Der nicht produktivistische Ansatz zielt entsprechend gerade nicht darauf ab, möglichst viele oder alle Menschen in die Erwerbsarbeit hineinzuziehen, sondern soll Individuen verschiedene Optionen ermöglichen. Als neue Problematik gelten diesem Ansatz alle Faktoren, die zur gegenwärtigen „Modernisierungsfalle“ beitragen und die verhindern, dass sich ein steigendes Bruttosozialprodukt auch in eine breitenwirksame Wohlfahrt übersetzt. Zu diesen Faktoren gehört die wachsende Abhängigkeit von Geldeinkommen als Folge zurückgedrängter, entmutigter oder wegen fehlender Ressourcen unmöglich gewordener Tätigkeiten qua Eigenproduktion. Zu ihnen gehört auch, dass eine erweiterte internationale Wirtschaftsverflechtung und die Übertragung von Regelungen an die Europäische Union in den einzelnen Staaten politische Gestaltungsmöglichkeiten, die einst eine keynesianische Politik der Voll-

beschäftigung erlaubten, untergraben. Die Argumentation für ein Bürgergeld oder Grundeinkommen auf Basis der Bürgerschaft soll demgegenüber das Leben außerhalb des Arbeitsmarktes aufwerten und damit der Tatsache Rechnung tragen, dass die alten Pfeiler des produktivistischen Systems brüchig geworden sind: In familiären Haushalten kann nicht mehr verlässlich damit gerechnet werden, dass dauerhaft ein Beschäftigter im Lohnarbeitssystem - traditionell der Mann - zum notwendigen Geldeinkommen beiträgt, dennoch sollte die Option für Familienarbeit erhalten bleiben. Und im Zuge moderner Lebensführung wird der Wert individueller Entscheidungen an Stelle tradierter Zuschreibungen immer wichtiger. Zudem machen ökologische Problemlagen eine „Strategie des weiter so“ inakzeptabel. Eine Politik des Bürgergelds stellt demgegenüber in Aussicht, dass auf Basis individueller Entscheidungen *nützliche Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit* wieder Anerkennung und Bedeutung bekommen.

Offes an bürgerschaftliche Integration gebundene Strategie für abgesicherte, individuelle Rückzugsmöglichkeiten aus dem Arbeitsmarkt teilt bestimmte Grundwerte, die zum einen von André Gorz, zum anderen von Ralf Dahrendorf seit den frühen 80er-Jahren vorgetragen wurden. André Gorz (1983; 1995) kritisierte nachdrücklich eine gesellschaftliche Entwicklung, die in Richtung „Dienstbotengesellschaft“ geht. Die Monetarisierung und Ökonomisierung gerade jener Tätigkeiten, die als personenbezogene Tätigkeiten (Pflege, Betreuung, Zuwendung) hinter dem allgemeinen Produktivitätswachstum zurückbleiben und insofern trotz Internationalisierung der Produktion und Weltmarktkonkurrenz eine dauerhafte - evtl. subventionierte - Arbeitsplatzbeschaffung zu bieten scheinen, werden - so Gorz - durch die Monetarisierung in ihrem Charakter pervertiert. Vielmehr käme darauf an, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass solche Tätigkeiten als autonome Tätigkeiten ausgeübt werden können und damit zum Wiederaufleben von Gemeinschaftsformen beitragen. Ähnlich argumentieren Kommunitaristen (siehe beispielsweise Etzioni 1995). Erkannt wird allerdings die Notwendigkeit, gerade in personalen Dienstleistungsbereichen mit stagnierender Produktivität Arbeitsplätze zu suchen und gerade dort die Arbeitszeit zu senken, um Beschäftigung zu schaffen. Die Aufstockung der so erzielten geringen Lohneinkommen soll bei Gorz durch zusätzliches „tariflich verhandelbares Sozialeinkommen“ geschehen (Gorz 1996).

Dahrendorf (1992) auf der anderen Seite geht es um die Entwicklung einer Bürgergesellschaft. Er begreift strukturelle Arbeitslosigkeit als Herausforderung für die soziale Dimension von Bürgerrechten: Neue Anrechtsfragen sozialer Art stellen neue Anforderungen an einen neuen Gesellschaftsvertrag. Ein Bürgergeld, gekoppelt mit einer negativen Einkommenssteuer, soll die Lebenschancen aller vergrößern und dabei helfen, freie Assoziationen zu bilden, die das Rückgrat der Bürgergesellschaft bilden. Für Dahrendorf ist gerade die politische Dimension des Bürgergelds von entscheidender Bedeutung. Sein Bezug auf Arendt unterstützt die Hervorhebung jener Dimension menschlicher Tätigkeiten, in der Menschen die Möglichkeiten der Frei-

heit, des Neuanfangs und der Gemeinsamkeit erfahren können. Es ist diese Akzentsetzung, die sich im Diskurs über neue *Gesellschaftsverträge* generell widerspiegelt.

Das Zusammenleben der Menschen in einem politischen Gemeinwesen ist auch der Fokus der französischen Debatte über einen neuen Gesellschaftsvertrag. Ähnlich wie bei Giarini, Liedke, Offe und Gorz soll ein neuer Begriff von gesellschaftlichem Reichtum und Wohlstand auf Basis neuer Anerkennungsformen für nicht marktförmig und nicht geldförmig organisierte Tätigkeiten politisch organisiert werden. Die diversen Analysen und Konzeptionen unterscheiden sich hinsichtlich des zu Grunde liegenden Begriffs von Politik und Ökonomie. Séguin (1996) z.B. geht es in einer Zeit, in der die politische Regulierung der Standortlogik geopfert zu werden droht, um eine Relegitimierung von staatlicher Politik. Roustang, Perret und andere Autoren, die für einen neuen Gesellschaftsvertrag plädieren, wollen dagegen eine Rehabilitierung von Politik als einer „Kunst zusammen zu leben“ (Roustang u.a. 1996, 137). Ihre Betonung liegt auf bürgerschaftlichem Engagement als Basis einer Strategie der Vollbeschäftigung und der „Pluriaktivität“. Es geht ihnen um ein politisches Projekt, das sich auf die Transformation des Wohlfahrtsstaats zum „Solidarstaat“ richtet.¹⁴

4 Offene Fragen

In der Debatte bleibt die Frage umstritten, ob es ein Mindesteinkommen bzw. ein Bürgergeld geben soll, ohne über den Bürgerstatus hinaus Bedingungen daran zu knüpfen, oder aber ob ein Grundeinkommen an bestimmte Konditionen gebunden sein soll. Damit verknüpft ist die Frage nach der Höhe des Geldes und nach dem Reziprozitätsverständnis im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“. Die tief in der Gesellschaft verankerte Vorstellungen von Reziprozität, von gerecht empfundenem Geben und Nehmen, können auch mit Blick auf das Ziel bürgerschaftlicher Integration nicht übergangen werden. Während in den Kooperations- und Tauschringen als Beispiel für organisierte Eigenarbeit (Offe/Heinze 1990) Zeit gegen Zeit getauscht wird, sieht der Vorschlag für die Absicherung freiwilliger Dienste beispielsweise von Jugendlichen (Zoll 1996 spricht vom „Zivildienst“) einen Tausch von Zeit gegen Geld vor, allerdings als Grundlage eines „Gabentausches“, der nicht den Zwängen der Lohnarbeit unterliegt.

In der Tat ist es die Beachtung der beiden Ressourcen Geld und Zeit, einer quantitativen und einer qualitativen Größe, auf die all jene Ansätze hinauslaufen, die sich um eine neue Bewertung der Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit bemühen. weit gehend Einigkeit besteht in der Notwendigkeit für ein Arbeits- und Lebenszeitmodell, das den Menschen in der persönlichen Entwicklung durch geeignete institutionelle Vorkehrungen ermöglicht, Zeit für Erwerbsarbeit als ökonomische Arbeit,

¹⁴ Siehe zu ähnlichen Argumenten Schmid's Paradigma des „Kooperativen Sozialstaats“ (Schmid 1996)

Zeit für bürgerschaftliches Engagement außerhalb der Erwerbsarbeit und Zeit für autonome Ziele jenseits allen Nutzenkalküls miteinander zu verbinden.¹⁵ Dabei zeigt die Forschung zur Arbeitslosigkeit, dass freiwilliges bürgerschaftliches Engagement dann erleichtert wird, wenn es verlässliche Gelegenheiten gibt, um Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit aufzunehmen (Mutz 1997). Geeignete institutionelle Rahmenbedingungen sind unerlässlich.

Die politisch und gesellschaftliche Anerkennung einer pluralen Ökonomie und eine *institutionalisierte Unterstützung zur existenzsichernden Kombination verschiedener Tätigkeiten* impliziert tatsächlich die Überwindung des alten Modells der Lohn-Arbeitsgesellschaft. Sie ist geeignet, die bürgerschaftliche Integration zu befördern, zur psychosozialen Stabilität beizutragen und für alle ein Anrecht auf soziale Sicherung sowie auf ein persönlich erwirtschaftetes Geldeinkommen zu gewährleisten. Allerdings stellt sich die Frage, auf welchem Niveau sich Einkommen und soziale Sicherung geldlich bewegen können und sollen. Die Bedeutung von Geldeinkommen wird auch in einer nachfordistischen Gesellschaft groß sein. Wichtige Fragen konkreter Institutionalisierung zur Stützung einer pluralen Ökonomie auch unter den Vorzeichen europäischer und weltwirtschaftlicher Einbindung sind also noch klärungsbedürftig, insbesondere auch die Frage, wie die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung überwunden werden kann und die Ökologie zu ihrem Recht kommen kann. Aber gerade deshalb ist die Debatte über einen neuen Gesellschaftsvertrag als Fokus für eine „normative Rekonstruktion des Bestands an gemeinsam geteilten Sichtweisen, Überzeugungen, Werten und Normen“ (so Hengsbach 1997) auch für eine neue *Tätigkeitsgesellschaft* so notwendig. Hier kommt es auf die Transparenz öffentlicher Haushalte und ihrer Vernetzung an, auf gerechte wechselseitige Zumutungen als Basis für Solidarität sowie auf Mitsprache.

Literatur

- Andersen, Mikael Skou (1996): Ökologischer Umbau des Steuersystems in Dänemark; in: Werner Fricke, Volker Oetzel (Hg.): Zukunft der Industriegesellschaft. Forum Humane Technikgestaltung, 16, Bonn, 119-126
- Appelt, Erna (1997): Familialismus. Eine verdeckte Struktur im Gesellschaftsvertrag; in: Eva Kreisky, Birgit Sauer (Hg.): Das geheime Glossar in der Politikwissenschaft. Frankfurt/M., 114-136
- Arendt, Hannah (1992): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München

¹⁵ Es erfordert eine engere Diskussion sich der Frage anzunehmen, ob Familienarbeit hier als eigener vierter Bereich genannt werden muß. Die besondere Nennung ist wichtig, wenn es um die Anerkennung von Familienarbeit als Anrecht auf soziale Sicherung geht. Offenbar kann nicht jede autonom gewählte Tätigkeit zu entsprechenden Anrechten beitragen.

- Autorengemeinschaft (1998): Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1997 und 1998; in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1, 5-57
- Becker-Schmidt, Regina u.a. (1992): „Nicht wir haben die Minuten. Die Minuten haben uns“. Bonn
- Bäcker, Gerhard, Johannes Steffen (1995): Zwangsbeschäftigung. Negativsteuer, Bürgergeld und die Folgen; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, 55-66
- Bäcker, Gerhard, Walter Hanesch (1997): Der Kombi-Lohn. Ein Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit?; in: Frankfurter Rundschau vom 29.9.1997, Dokumentation
- Bercusson, Deakin u.a. (1996): Soziales Europa - ein Manifest. Reinbek
- Bergmann, Frithjof (1997): Die neue Arbeit; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 48, 9-10, 524-534
- Berliner Memorandum: Innovation, Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerb. Strategien zur Halbierung der Arbeitslosigkeit, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen des Landes Berlin, Berlin 1997
- Cartellieri, Ulrich (1994): Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Ansatzpunkte zur Behebung der Arbeitsmarktprobleme; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12-13/94 vom 25. März, 3-8
- Czada, Roland (1998): Vereinigungskrise und Standortdebatte; in: Leviathan, 26, 1, 24-59
- Dahlmans, Gert (1997): Mehr Markt für den Arbeitsmarkt; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/97, 33-38
- Dahrendorf, Ralf (1992): Der moderne soziale Konflikt. München
- Dostal, Werner (1995): Die Informatisierung der Arbeitswelt-Multimedia, offene Arbeitsformen und Telearbeit; in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Heft 4, 527-543
- Döring, Diether (1995): Anmerkungen zum Gerechtigkeitsbegriff der Sozialpolitik mit besonderer Berücksichtigung liberaler Vorstellungen zur Sozialversicherungspolitik; in: Dieter Döring u.a.: Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Marburg, 67-113
- Döring, Diether u.a. (1995): Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Marburg
- Eckart, Christel (1990): Der Preis der Zeit. Eine Untersuchung der Interessen von Frauen an Teilzeitarbeit. Frankfurt/M.
- Etzioni, Amitai (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart
- Etzioni, Amitai (1994): Die faire Gesellschaft. Stuttgart
- Fritz W. Scharpf (1994): „Negative Einkommenssteuer“ - ein Programm gegen Ausgrenzung; in: Die Mitbestimmung, 4, 27-30
- Gerhard, Ute, Alice Schwarzer, Vera Slupik (Hg.) (1988): Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Wohlfahrtsstaat. Weinheim-Basel
- Giarini, Orio, Patrick M. Liedtke (1996): Some Keynote Issues of the Report to the Club of Rome: „The Employment Dilemma and the Future of Work“; in: Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften (Hg.): Dokumentation des Symposiums „Zukunft der Arbeit“ am 5. und 6. Dezember, 25-43
- Giarini, Orio, Patrick M. Liedtke (1998): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg

- Gorz, André (1994): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Berlin
- Gorz, André (1983): Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin
- Gorz, André (1996): Zur Zukunft der Industriegesellschaft; in: Jahrbuch Arbeit und Technik. 149-159
- Hengsbach, Friedhelm (1997): Ein neuer Gesellschaftsvertrag in den Zeiten der Globalisierung; in: Jahrbuch Arbeit und Technik 1997. Bonn, 182-195
- Hildebrandt, Volker (1998): Von der „Job-Sklaverei“ zu „New Work“; in: Dokumentation der Frankfurter Rundschau vom 24.7.
- Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld; Hans Zeisel (1989): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein sozio-graphischer Versuch. Frankfurt am Main (zuerst 1933)
- Jurczyk, Karin (1997): Arbeitszeitperspektiven für Frauen und Männer, in: Innovative Arbeitszeitmodelle in Dortmunder Unternehmen. Eine Chance für familienfreundliche Arbeitszeiten. Dokumentation einer Fachtagung am 20.11.1996 im Rathaus der Stadt Dortmund
- Kieselbach, Thomas (1994): Arbeitslosigkeit als psychologisches Problem - auf individueller und gesellschaftlicher Ebene; in: L. Montada (Hg.): Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit. Frankfurt/M. 233-263
- Klopfleisch, Roland, Werner Sesselmeier, Martin Setzer(1997): Wirksame Instrumente einer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; in: Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 35/97, 23-32
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996 und 1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, 3 Teile, Bonn
- Lepsius, Rainer M. (1996): Kriterien für die Erneuerung des Gesellschaftspakts in Deutschland; in: Werner Fricke, Volker Oetzel (Hg.) (1996): Zukunft der Industriegesellschaft. Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung), 64-73
- Lipietz, Alain (1991): Demokratie nach dem Fordismus; in: Das Argument 189, 677-694
- Maier, Friederike (1997): Entwicklung der Frauenberufstätigkeit in der Europäischen Union; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage B52/97, 15-27
- Maurer, Andrea (1994): Moderne Arbeitsutopien. Das Verhältnis von Arbeit, Zeit und Geschlecht. Opladen
- Mutz, Gerd (1997): Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 48-49/97, 31-40
- Nickel, Hildegard-Maria (1997): Der Transformationsprozess in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 51/97, 20-29
- Offe, Claus, Rolf G. Heinze (1990): Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Frankfurt/M.
- Offe, Claus (1993): A non-productivist design for social policies; in: Harry Coenen, Peter Leisink (Hg.): Work and Citizenship in the New Europe. Cambridge
- Opielka, Michael (1997): Leitlinien einer sozialpolitischen Reform; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 48-49/97, 21-30

- Ostner, Ilona (1995): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36-37/95, 3-12
- Perret, Bernard (1997): *Beyond Unemployment. Systemic Social Issues of Work Transformations*, artec paper Nr. 53. Universität Bremen
- Pfau-Effinger, Birgit (1997): „Kultur oder Institutionen? Kulturelle und wohlfahrtsstaatliche Kontextbedingungen der Erwerbsbeteiligung von Frauen im europäischen Vergleich“
- Rifkin, Jeremy (1995): *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt/M.
- Roustang, Guy u.a. (1996): *Vers un nouveau contrat social*. Paris
- Rumpf, Mechthild (1994): Wo bleiben die Kinder? Aspekte eines neuen Gesellschaftsvertrages zwischen den Geschlechtern; in: Oskar Negt (Hg.): *Die zweite Gesellschaftsreform*. Göttingen, 141-150
- Scharpf, Fritz W. (1997): Konsequenzen der Globalisierung für die nationale Politik; in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 2, 184-192
- Schettkat, Ronald (1996): Das Beschäftigungsproblem in Industriegesellschaften; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage B26/96, 25-35
- Schmid, Günther (1994): Übergänge in die Vollbeschäftigung. Perspektiven einer zukunftsgerichteten Arbeitsmarktpolitik; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage B 12-13/94, 9-23
- Schmid, Günther (1996): Reform der Arbeitsmarktpolitik. Vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat. WZB-paper, FS I 96-204
- Séguin, Philippe (1996): Auf der Suche nach einer anderen Gesellschaft, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 12, 1463-1473
- Séguin, Philippe (1996): *En attendant l'emploi*. Paris
- Semlinger, Klaus (1997): Mittelständische Kleinbetriebe in Ostdeutschland. Hoffnungsträger oder Lückenbüßer des Transformationsprozesses?; in: *Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 51-/97, 30-38
- Senghaas-Knobloch, Eva (1994): Konflikte um die Arbeit. Perspektiven für die bundesdeutsche Industriegesellschaft; in: Hansgert Peisert, Wolfgang Zapf (Hg.): *Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen*. Festschrift für Ralf Dahrendorf, Stuttgart, 313-330
- Senghaas-Knobloch, Eva, Brigitte Nagler, Annette Dohms (1997): *Zukunft der industriellen Arbeitskultur*. Münster
- Supiot, Alain (1996): Perspectives on Work, in: *International Labour Review*, Bd. 135, 603-614
- Ullrich, Otto (1993): Lebenserhaltende Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit; in: *Jahrbuch Arbeit und Technik*. Bonn, 84-98
- Veil, Mechthild (1996): Debatten zur Zukunft des bundesdeutschen Sozialstaats - feministische Einwände; in: *Feministische Studien*, 4, 2, 61-74
- Veil, Mechthild (1997): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Frauen im Sozialstaat; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 52/97, 29-38
- Volmerg Birgit, Eva Senghaas-Knobloch, Thomas Leithäuser (1996): *Betriebliche Lebenswelt. Eine Sozialpsychologie industrieller Arbeitsverhältnisse*. Opladen
- Walzer, Michael (1992): *Sphären der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1993): Arbeit und Umwelt. Perspektiven für das 21. Jahrhundert; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9, 1047-1060

Zoll, Rainer (1994): Staatsbürgereinkommen für Sozialdienste. Vorschläge zur Schaffung eines Zweiten, nicht marktförmig organisierten Sektors der Gesellschaft; in: Oskar Negt (Hg.): Die zweite Gesellschaftsreform. Göttingen, 79-96

Anschrift der Verfasserin:

Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch
Universität Bremen
Forschungszentrum Arbeit und Technik (artec)
Postfach 330440
28334 Bremen

**Schlagwörter: Arbeitsgesellschaft, Neubewertung von Tätigkeiten,
Tätigkeitgesellschaft, Strategien, Arbeitslosigkeit**

Hinweis: Die Zeitschrift ARBEIT hat einen Preis für den besten Aufsatz ausgeschrieben. Zu Beginn des Heftes sind die Bedingungen beschrieben.